IM FRIEDENSNETZWERK

AKTIONSBÜNDNIS FÜR FRIEDEN, AKTIVE NEUTRALITÄT UND GEWALTFREIHEIT
www.abfang.org

Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg

www.atomgegner.at

NEUTRALITÄT und soziale Sicherheit statt „Sicherheit“ durch Aufrüstung

Die 1977 gegründeten überfraktionellen Initiative „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“ ist für Friedenspolitik durch aktive Neutralität!

Österreich ist seit 1995 Mitglied der EU. Vor dem Beitritt, und damit die Abstimmung mit einem JA zum EU-Beitritt ausgeht, wurde versprochen, dass Österreichs Neutralität unangetastet bleibt. Die seither zunehmende Einbindung Österreichs in die EU-Militarisierung sowie die Teilnahme an Auslandseinsätzen Österreichs in Kriegs- und Krisengebieten in Europa, Asien oder Afrika unter EU- oder NATO-Kommando – angeblich zur „Friedenssicherung“ – widersprechen Österreichs Neutralität und damit dem Willen der überwältigen-den Mehrheit der ÖsterreicherInnen. Diese Politik führt nicht zu mehr Sicherheit sondern droht im Gegenteil unser Land erst recht in Krisen und Kriege hineinzuziehen und Österreich so auch zum Ziel von Konflikten und Anschlägen zu machen.

Die EU ist auf dem Weg zur Rüstungs- und Kriegsunion. Das ist eine Gefahr nicht nur für Österreichs Sicherheit und Neutralität, sondern auch für den Frieden in Europa!

Massiver Sozial- und Demokratieabbau für die Menschen bei gleichzeitiger Aufrüstung, die die ArbeitnehmerInnen bezahlen sollen (Stichworte: Sozialversicherung/Selbstverwaltung/Selbstbehalte, länger Arbeiten/12-Stunden-Tag, sinkende Lohnquote, weitere „Pensionsreformen“, steigende Kosten für Gesundheit, Bildung und das tägliche Leben, Wohnen usw.), das steht uns ins Haus, wenn wir dagegen nicht aktiv werden. Die Teilnahme Österreichs an der EU-Militarisierung (u.a. SSZ/PESCO) ist Verfassungsbruch! 80 Prozent aller ÖsterreicherInnen sind nach wie vor für die Beibehaltung der Neutralität. Deswegen trauen sich Österreichs Regierende derzeit nicht, das Neutralitätsgesetz formal anzutasten. Sie haben Angst, dass die ÖsterreicherInnen den Schwindel durchschauen und ihre Pläne ablehnen.

Wir fordern die jetzige/künftige Regierung, das Parlament auf, im Sinne der Neutralität zu handeln: Österreich raus aus der EU-Militarisierung, raus aus den Auslandseinsätzen des Bundesheeres für EU-, NATO oder Großmachtinteressen, raus aus SZZ/PESCO, raus aus der NATO-„Partnerschaft für den Frieden“, keine Beteiligung an einer EU-Armee oder an EU-Battlegroups – weder durch SoldatInnen noch finanziell! Keine Annäherung an die NATO! Soziale Sicherheit statt Aufrüstung! Österreich ist neutral und muss es bleiben!

Der ÖGB hat in seinen Statuten im § 3 (1) die Verteidigung der Neutralität festgeschrieben und ist im Oktober 2004 im Bundesvorstand für eine Volksabtstimmung über die EU-Verfassung eingetreten.

Wo bleibt das sichtbare und öffentlich laute Engagement des ÖGB heute:

- gegen die geplante Steigerung der österreichischen Militärausgaben (+70%)?
- gegen die Teilnahme Österreichs an der EU-Aufrüstung (SSZ/PESCO)?
- für Erhaltung und Ausbau der Neutralität?

Das Neutralitätsgesetz war und ist Ausdruck des Willens der Menschen, dass ÖsterreicherInnen nicht wieder, wie schon zweimal in der jüngeren Geschichte, für Großmachtinteressen kämpfen und sterben müssen!

- Es geht nicht um ein europäisches Sicherheitssystem gegen den Terror, sondern um Kriegspläne
- Es geht nicht um Frieden in Krisengebieten, sondern um Eroberung und Machtausweitung durch Militärinterventionen und Krieg
- Es geht nicht um die Freiheit der Menschen, sondern um die Freiheit der Konzerne.

DIE FRAGE IST: Entweder Eingliederung in die EU der Konzerne und Militärs, Aufgabe der staatlichen Souveränität Österreichs und Teilnahme an Kriegen oder NEUTRALITÄT; SELBSTBESTIMMUNG und FRIEDENSPOLITIK.

Wilfried Leisch : : w.leisch_ggae@gmx.at

AbFaNG

Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit : : Schwarzspanierstraße 4/4 : : 1090 Wien
Tel. 0676 326 4095 oder 0664 253 1717 : : contact@abfang.org : : www.abfang.org